



# Luzerner Zeitung

Donnerstag, 29. Juni 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 148 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



**Schwingerchef**  
Paul Vogel erklärt, weshalb die Schwingfeste am Sonntag oft so lange dauern. 29

## Prämienrabatte sinken

**Gesundheit** Höhere Kosten führen zu höheren Franchisen in der Krankenkasse: Der Bundesrat will die Franchisen an der Entwicklung der Kosten in der Grundversorgung ausrichten. Angestrebt wird ein Verhältnis von 1:12 zwischen der Grundfranchise von 300 Franken und den massgeblichen Kosten. Ist das Verhältnis 1:13 erreicht, wird die Grundfranchise um 50 Franken erhöht. Ebenso müssten die Wahlfranchisen um jeweils 50 Franken nach oben angepasst werden.

Geht man von einem jährlichen Kostenanstieg von 3,5 Prozent aus, wäre die erste Erhöhung für das Jahr 2020 fällig. (sda) **5**

Kommentar 6. Spalte

## Bundesrat vertagt Europa-Entscheid

**Bern** Noch vor den Sommerferien sollten die Weichen für die künftige Europapolitik der Schweiz gestellt werden. Nun hat der Bundesrat den Entscheid auf Herbst verschoben. Bis dahin will er mit der EU weiter über ein institutionelles Rahmenabkommen verhandeln. Das Verhandlungsmandat des Bundesrats sei unverändert, betonte Aussenminister Didier Burkhalter.

Gleichzeitig sucht der Bundesrat nach einer Einigung in anderen Dossiers. Abkommen, über die bis im Herbst eine Einigung zu Stande gekommen ist, will er unterzeichnen. Danach entscheidet er, wie es in der Europapolitik weitergehen soll. (sda) **3**

## Maxon Motor wächst stark

**Sachseln** Der grösste Arbeitgeber im Kanton Obwalden, der Spezialmotorenbauer Maxon Motor, hat 2016 den Umsatz von 402,5 Millionen auf 422,5 Millionen Franken gesteigert. Dazu beigetragen haben vor allem die Märkte in der Schweiz und in Europa. Erstmals beschäftigt Maxon mehr Angestellte im Ausland als in der Schweiz. Laut Karl-Walter Braun, Eigentümer von Maxon Motor, entwickelt sich das Unternehmen vermehrt zu einem international tätigen Konzern.

Entsprechend wird kräftig in den Aufbau neuer Standorte im Ausland investiert. Sachseln bleibt aber Zentrum von Maxon, versichert Braun. (eme) **11**

# Aus für Museen und Schule?

**Luzern** Ohne Lockerung der Schuldenbremse droht die Regierung mit massiven Kürzungen im Bildungs- und Kulturbereich. Der Kantonsrat kann dies verhindern.

Aus für das Natur-Museum und das Historische Museum in der Stadt Luzern, Licherlöschchen bei der Wirtschaftsmittelschule in Willisau, ein einschneidender Abbau bei der Polizei sowie im Asyl- und Flüchtlingswesen: Diese und weitere Massnahmen will die Regierung im kommenden Jahr umsetzen – wenn der Kantonsrat die Lockerung der Schuldenbremse ablehnt. Tritt dies ein, muss der Kantonshaushalt 2018 um 62 statt um «nur» 37 Millionen Franken entlastet werden. Laut Regierungspräsident und Finanzdirektor Marcel Schwerzmann wäre dies «gesellschaftlich unverantwortbar».

Ob die sechs Kantonsratsfraktionen diese Verantwortung übernehmen, entscheidet sich in der Septembersession. Dies,

nachdem die Parlamentsmehrheit am 20. Juni beschlossen hat, die von der Regierung beantragte Lockerung der Schuldenbremse noch einmal in der vorbereitenden Kommission zu diskutieren. Gemäss der Umfrage unserer Zeitung hat die Lockerung der Bremse gute Chancen. Auch die SVP, die letzte Woche noch explizit gegen die Lockerung votierte, kann sich Schuldenmachen nun zumindest vorstellen. Die CVP steht dieser Massnahme schon seit längerem offen gegenüber, SP, Grüne und GLP ebenso. Nach wie vor am kritischsten ist die FDP.

### 2019 droht das nächste Sparprogramm

Selbst mit einer Lockerung der Schuldenbremse muss Luzern

### Die grössten Sparmassnahmen

Sparbereich	2017 und 2018 (in Mio. Fr.)
Asyl- und Flüchtlingswesen	17
Prämienverbilligung	13
Stipendien	3,2
Polizei	2,8
Kulturförderung	1,6
Militär, Justiz	1,6
Gesundheit	1,5
Energieförderung	1,3

Quelle: Finanzdepartement des Kantons Luzern

wegen des Volks-Neins zu höheren Steuern in den nächsten Jahren sparen. Heuer sind es 20 Millionen, 2019 gar 90 Millionen. Der Betrag im Jahr 2019 reduziert sich um die für das nächste Jahr beschlossenen Entlastungen.

Am stärksten spart die Regierung heuer und 2018 beim Asyl- und Flüchtlingswesen (siehe Tabelle). Im Betrag von 17 Millionen inbegriffen sind Kürzungen bei Integrationsmassnahmen. Scheitert die Lockerung der Schuldenbremse, würde sich dieser Betrag um weitere 3 Millionen erhöhen. Massiv greift die Regierung, die sämtliche Massnahmen für das laufende und das nächste Jahr in eigener Kompetenz beschliessen kann, auch bei der Prämienverbilligung, den Stipendien und bei der Polizei ein. (mus/gjo) **19**

## «Friedenspreis» am Tag nach der Waffenabgabe



**Luzern** Ein Hauch Weltpolitik im KKL: Gestern erhielten Luz Estela Romero und Ricardo Esquivia den mit 10 000 Franken dotierten Prix Caritas 2017. Die beiden Friedensaktivisten aus Kolumbien wurden am Tag nach der Waffenabgabe der Guerillaorganisation Farc an die UNO geehrt. Eine glückliche Fügung für die Geehrten und das Hilfswerk. **36**

Bild: Pius Amrein (28. Juni 2017)

Kommentar

## Bittere Pille für Versicherte

**Der Zeitpunkt war geschickt gewählt. Im Schatten der Europa-Diskussion beschloss der Bundesrat gestern folgen-schwere Änderungen in der Krankenversicherung. Gesundheitsminister Alain Berset kürzt die maximalen Prämienrabatte für drei von fünf Wahlfranchisen. Die Prämien steigen damit für bis zu 2,5 Millionen Versicherte – und das teils stark. Gleichzeitig verzichtet Berset auf die Streichung seltener gewählter Franchisen. Damit berücksichtigt er lediglich pro forma die scharfe Kritik. Das Parlament hätte ihn wohl zurückgepfiffen. Nur hat es in diesem Fall wenig zu sagen, da es um eine Verordnung geht.**

Berset setzt mit seinem Eingriff in der Krankenversicherung auf weniger Eigenverantwortung und mehr Solidarität. Dass der SP-Magistrat versucht, zumindest teilweise sozialdemokratische Anliegen durchzusetzen, kommt nicht überraschend. Überraschend ist vielmehr, dass Berset mit seinen Plänen trotz heftiger Kritik im Bundesrat durchkommt. Die Bürgerlichen haben in der Kollegialregierung theoretisch eine Mehrheit. Nicht nur der von rechts kritisierte FDP-Magistrat Didier Burkhalter, sondern auch CVP-Bundesrätin Doris Leuthard wehren sich aber zu wenig gegen linke Postulate.

Bersets bittere Pille stärkt das Vertrauen ins immer teurere Gesundheitswesen nicht. Sein Eingriff schwächt die bereits geringen Anreize, Kosten zu sparen, und dürfte nicht zur Entlastung von kranken Versicherten führen. Trotz des Volks-Neins zur Einheitskasse 2014 schränkt der Gesundheitsminister die wenigen wettbewerblichen Elemente in der Krankenversicherung ein. Und nähert sich durch die Hintertüre langsam, aber beharrlich doch noch einer Einheitsprämie.

Tobias Gafafer  
schweiz@luzernerzeitung.ch

# Gesundheit und Bildung müssen bluten

**Kantonsfinanzen** Die Regierung setzt den Sparhebel vor allem in zwei Departementen an: Prämienverbilligungen werden massiv gekürzt, Bildung und Kultur müssen Abstriche machen. Abgebaut wird auch bei der Polizei und im Asylwesen. Offen ist, wie stark.

Lukas Nussbaumer  
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Es waren markige Worte, mit denen die fünf Regierungsräte gestern für eine Lockerung der Schuldenbremse im kommenden Jahr warben. Bei einem Nein drohten ein «massiver Leistungsabbau» und «markante Eingriffe» – kurz: Ein Nein zur Möglichkeit, die Schulden um 25 Millionen Franken zu erhöhen, wäre «gesellschaftlich unverantwortbar».

Der Kantonsrat wird über die Lockerung der Schuldenbremse in der Septembersession entscheiden. Am 20. Juni konnte sich das Parlament noch zu keinem Entscheid durchringen. Eher für eine Lockerung sprachen sich die CVP und die Ratslinke aus, explizit dagegen SVP und FDP. Nun, eine Woche später, kann sich neben der CVP, der SP, den



Luzern  
ohne Budget

Grünen und der GLP sogar die SVP eine einmalige Lockerung vorstellen, wie Fraktionschef Guido Müller sagt. Mit einer angepassten Bremse muss der 3,8 Milliarden schwere Kantonshaushalt 2018 um 37 Millionen entlastet werden, ohne Lockerung um 62 Millionen.

## Schwerzmann: «Steuererhöhung kommt nicht in Frage»

2018 ist nicht das einzige Jahr, in dem die Regierung nach dem Nein des Stimmvolks zu höheren Steuern sparen muss. Heuer fehlen noch 20 Millionen, 2019 sollen es deren 90 sein. Diese Summe reduziert sich um die für das kommende Jahr beschlossenen Kürzungen. Eine Steuererhöhung, betonte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann gestern, «kommt nach dem Volksentscheid vom 21. Mai nicht in Frage». Ausschliesslich mit dem Streichen von Leistungen und Angeboten will die Regierung die fehlenden Beträge dann aber doch nicht stemmen. So sollen etwa die Gemeindebeiträge an die Gymis erhöht und Mehrerträge beim Strassenverkehrsamt realisiert werden.

Am stärksten betroffen vom Abbau sind das Bildungs- und Kulturdepartement sowie das Gesundheits- und Sozial-



Die fünf Luzerner Regierungsräte präsentieren, wie sie die Finanzen des Kantons ins Lot bringen wollen (von links): Reto Wyss, Guido Graf (beide CVP), Marcel Schwerzmann (parteilos), Robert Küng (FDP) und Paul Winiker (SVP) im Regierungsgebäude.  
Bild: Nadia Schärli (Luzern, 28. Juni 2017)

departement (siehe Grafik). In diesen beiden Bereichen, geführt von den CVP-Regierungsräten Reto Wyss und Guido Graf, sind die Ausgaben am höchsten. Aufgeschlüsselt nach konkreten Ausgabenposten, will die Regierung bei der Prämienverbilligung und dem Asylwesen den Rotstift am stärksten ansetzen.

— **Prämienverbilligung:** Spart der Kanton bei diesem Posten, sparen auch die Gemeinden – im gleichen Umfang. Im laufenden Jahr, wo Kanton und Gemeinden je 26,8 Millionen Franken ausgeben wollten, streicht die Regierung 7 Millionen. 2018 sollen noch einmal 6 Millionen gekürzt werden, bei einem Nein zur Lockerung der Schuldenbremse weitere 2 Millionen. Zusammen mit den Bundesbeiträgen werden heuer etwa 170 Millionen ausgeschüttet – an mehr als 100 000 Personen.

— **Asyl- und Flüchtlingswesen:** Auch hier fällt der Abbau massiv aus. 5 Millionen sind es heuer, 12 im kommenden Jahr, bei einem Nein zur Lockerung der Schuldenbremse weitere 3 Millionen.

— **Stipendien:** 9,6 Millionen Franken wollte der Kanton dafür heuer ausgeben. Nun werden 2 Millionen gestrichen, 2018 weitere 1,2 oder gar 2,4 Millionen.

— **Polizei:** Die vorgesehenen Kürzungen (1,5 Millionen heuer, eventuell weitere 1,3 Millionen 2018) führen zu einer geringeren Präsenz von Patrouillen.

— **Kulturförderung:** Der Sparhammer trifft auch diesen Bereich – sicher mit je 0,8 Millionen in diesem und im nächsten Jahr. Ohne angepasste Schuldenbremse würde eine Million obendrauf gelegt. Nicht betroffen wären die gros-

sen Kulturbetriebe wie etwa das Verkehrshaus oder das Luzerner Theater. Derzeit gibt der Kanton für die Kulturförderung pro Jahr etwas mehr als 20 Millionen Franken aus.

Alle Massnahmen für 2017 und 2018 kann die Regierung in eigener Kompetenz beschliessen – auch die folgenden, welche bei einem Nein zur Lockerung der Schuldenbremse umgesetzt werden:

— **Museen:** Naturmuseum und Historisches Museum würden geschlossen. So würden 1,6 Millionen Franken gespart.

— **Gesundheit:** Hier würden 4 Millionen abgezwickelt, so durch eine Prüfung des Angebots bei der Rehabilitation. Heuer sind es 1,5 Millionen Franken.

— **Schulen:** Durch eine Lektion weniger

pro Woche bei den Sonderschulen könnten 1,5 Millionen gespart werden. Mit 300 000 Franken Minderausgaben zu Buche schlagen würde die bereits einmal geplante Schliessung der Wirtschaftsmittelschule Willisau. Immerhin eine halbe Million sparen könnte der Kanton, wenn er den Übertritt ins Kurzzeitgymnasium nur noch nach der 2. Sek erlauben würde.

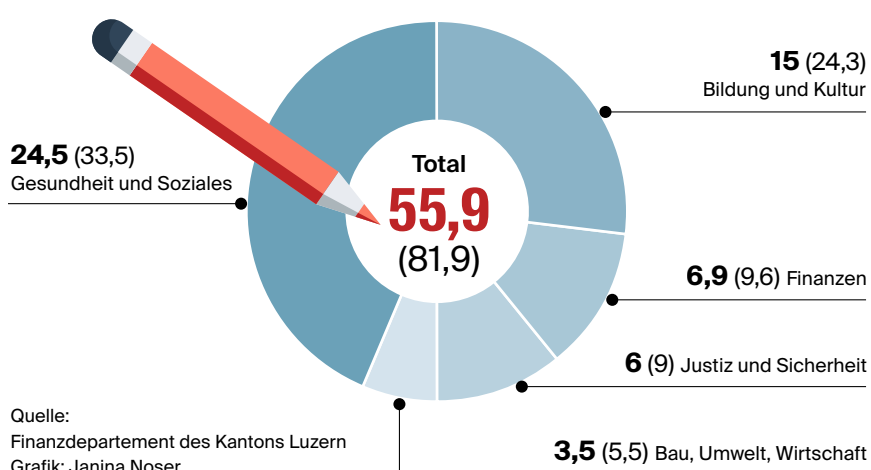
— **Diverses:** Bei einem Nein zu einer gelockerten Schuldenbremse würde ausserdem beim öffentlichen Verkehr (0,3 Millionen), bei Projekten in den Gebieten Landwirtschaft und Wald (0,4 Millionen) oder beim Personal in Verwaltungsabteilungen gespart.

## WWW.

Alle Sparmassnahmen im Detail finden Sie unter: [luzernerzeitung.ch/bonus](http://luzernerzeitung.ch/bonus)

## Sparmassnahmen 2017 und 2018 in Millionen Franken

In Klammer: Kürzung ohne Lockerung der Schuldenbremse



## Kommentar

### Lieber Schulden machen als Schulen schliessen

«Wir haben keinen Plan B.» Diesen Satz sprach Finanzdirektor Marcel Schwerzmann vor der Abstimmung vom 21. Mai über höhere Steuern mehrfach aus. Jetzt, nur fünf Wochen später, weiss die Regierung exakt, wo sie sparen will. Erstaunlich. Weniger erstaunlich ist, wo die Regierung spart. So werden – einmal mehr – bei der Prämienverbilligung, im Asyl- und Flüchtlingswesen, bei der Bildung, bei den Stipendien, bei der Polizei und der Kulturförderung Abstriche gemacht.

Die damit bis 2018 gesparten 55,9 Millionen Franken sind bei einem Kantonshaushalt von 3,8 Milliarden ein Klacks. Dennoch treffen sie viele Luzernerinnen und Luzerner hart. Und es werden früher gemachte Versprechen, etwa bei den Stipendien, gebrochen.

Wird die Schuldenbremse nicht gelockert, kommen 26 Millionen dazu. Viele Massnahmen würden ausgeweitet, und es käme das Aus für Museen und Schulen. Die Regierung will das

nicht, die Mehrheit des Kantonsrats wohl ebenso wenig – sie machen lieber Schulden. Das ist legitim. Gleichzeitig ist sicher: Solche Streichungen kommen erneut aufs Tapet. Wohl schon 2019.



Lukas Nussbaumer  
Ressortleiter Kanton  
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch